

GRÜNDUNG DER EINHEITSPARTEI, 1922

VON

FERENC PÖLÖSKEI

Während des Vierteljahrhunderts der Konterrevolution hatte am längsten — 10 Jahre lang — Graf István Bethlen den Stuhl des Ministerpräsidenten inne. Das Zustandekommen einer relativen und teilweisen Konsolidation der Konterrevolution ist mit seinem Namen verbunden.

Die Fachliteratur wies bereits darauf hin, dass nach dem Sturz der Räterepublik in der politischen Macht den sog. Mittelschichten, genauer den Offiziers- und Beamenschichten eine bedeutende Rolle zukam.¹ Bethlen betrachtete nach seiner im April 1921 erfolgten Ernennung zum Ministerpräsidenten die Neuorganisierung und das Ordnen der Reihen der konservativen Kräfte, der Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzer für seine erste und dringlichste Aufgabe. Diese Neuordnung richtete sich auf das Zustandekommen einer auf der Ebene des politischen Lebens kräftigen, regierungsfähigen, einheitlichen Partei. Doch diese Aufgabe erwies sich für ungemein schwierig, nicht allein wegen des Pessimismus und der Verzagtetheit, die infolge der Revolutionen, des Zerfalls der Monarchie und der Friedensverträge überhand nahmen, sondern auch die Suche nach den Verantwortlichen für dies alles in endloser Reihenfolge, die Aufregungen der Königsputsche, der Ausbruch aus der aussenpolitischen Isolierung, die Formen der Regierungseinrichtung, die Auslegung der Rechtskontinuität, die Fragen des Verhältnisses zur äusseren Rechten oder zur Arbeiterbewegung waren ausnahmslos Probleme, welche die traditionellen herrschenden Klassen in Gruppen zerteilten und das Zustandekommen der geplanten Einheitspartei verhinderten. Aber Bethlen schreckte vor der Grösse und der Kompliziertheit der Aufgabe nicht zurück. Mit einer Tatkraft, die an István Tisza erinnert und einer dem Gyula Andrássy d.J. ähnlichen Biegsamkeit, auch von den vorübergehenden Misserfolgen nicht zurückschreckend, mit einer Energie, die mit der keines seiner politischen Partner verglichen werden kann, bringt er schliesslich die regierungsfähige Einheitspartei der Kapitalisten und Grossgrundbesitzer zustande. Dies ist dem Wesen nach der Abschluss der ersten, für ihn vielleicht schwierigsten Periode seiner langen Ministerpräsidentenschaft. Zum Gegenstand unserer Studie setzten wir dieses, von der Geschichtsschreibung noch unerschlossenes Thema.

Die Versuche Graf István Bethlen's zur Zustandebringung der Einheitspartei

Nach dem Sturz der Räterepublik machten die zur Macht gelangten Regierungen nicht allein die Verfügungen der bürgerlich-demokratischen und der sozialistischen Revolutionen zunichte, sondern sie verwirklichten auch eine offensichtlich konterrevolutionäre Diktatur faschistischen Charakters, die selbst die elementarsten menschlichen und politischen Freiheitsrechte nicht zuliess. Sie führten die Institution der Internierungen und eine strenge Pressezensur ein. Sie verboten nicht nur die kommunistische Partei, sondern auch die Tätigkeit der demokratischen Vereinigungen. Die mit den standrechtlichen Befugnissen ausgestatteten Gerichte fällten zahlreiche Todesurteile. Die sog. Sonderkommandos verübten Jahre hindurch blutige Atrozitäten. Die fortschrittlich gesinnten Intellektuellen und öffentlichen Beamten wurden ihres Amtes enthoben, viele von ihnen wurden interniert oder unter Polizei- bzw. Gendarmerieaufsicht gestellt. An den Universitäten aber führte man den berüchtigten Numerus clausus ein. Die Wogen des Antisemitismus und des Nationalismus schlugen hoch. Der Revisionismus wurde zum Leitideal sämtlicher Gruppen der herrschenden Kreise.

Die beiden grössten Parteien der im Jahre 1920 zusammengetretenen „Nationalversammlung“ waren die Kleinlandwirtpartei und die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung (Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja = KNEP). Zwischen ihnen war ein Unterschied in der Verurteilung der bürgerlich-demokratischen und der sozialistischen Revolutionen sowie im Verwerfen ihres ideellen Nachlasses kaum wahrzunehmen. So wie auch bei den kleineren Parteien und politischen Richtungen der Nationalversammlung dieser gesteigerte Antirevolutionismus, diese Flut von christlichen und nationalen Parolen augenfällig sind. Die christlichen Attribute und Programmpunkte bedeuteten auch bei ihnen den Antisemitismus, das Nationale aber die Ablehnung des Internationalismus, das Verwerfen der bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Gedankenströmungen und den Revisionismus.² In beiden grossen Parteien der Nationalversammlung sind jedoch neben den Gleichartigkeiten auch gewisse Unterschiedlichkeiten wahrzunehmen. Die von István Nagyatádi Szabó geführte Kleinlandwirtpartei bekannte sich nämlich zum Programm der freien Königswahl. Die Partei forderte — den Interessen der die Mehrheit der Partei bildenden reichen Bauernschaft entsprechend, und sich ausserdem auch auf Traditionen der Kleinlandwirte berufend — die Durchführung des Bodenreformgesetzes vom Jahre 1920, die Durchsetzung der für sie vorteilhaften progressiven Besteuerung und hielt an der Wahrung ihrer politischen Rolle im Parlament unverändert fest. Gleichzeitig stand die Partei der Christlich-Nationalen Einheit auf der Grundlage des Legitimus. Diesen Legitimus nährte jedoch nicht nur die traditionelle Königstreue, sondern auch die im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag gestaltete Ansicht, dass der Weg zur Revision von Trianon allein über den Legitimus führt. Die Legitimisten erhofften

schliesslich von der Rückkehr Karls IV. eine Wiederherstellung des alten Klassenstandes, ein Zurückdrängen auf politischem Gebiet der in den Vordergrund getretenen Bestiebelten, der sog. Mittelschichten der Offiziere und Beamten.

Für Bethlen aber, der die politische und wirtschaftliche Konsolidation zum Regierungsprogramm erhob, erwis sich das die Parteien der Nationalversammlung verbindende Glied: der Konterrevolutionismus für zu wenig. Denn — wie bereits angedeutet — verbargen sich hinter diesem leidenschaftliche Auseinandersetzungen und sich spannende gesellschaftliche Gegensätze. Er verwarf daher von Beginn an den Gedanken einer Verschmelzung der grossen Parteien der Nationalversammlung, mit der sein Vorgänger, Graf Pál Teleki experimentiert hat. Dadurch aber, dass die Königsfrage auf der Oberfläche blieb — nachdem die Grossgrundbesitzer zum überwiegenden Teil Legitimisten waren — wurde eine aussenpolitische Konsolidation unmöglich gemacht. Die unerlässliche Vorbedingung der Gründung einer Einheitspartei der Grossgrundbesitzer und Grosskapitalisten war daher die Ausschliessung der Königsfrage aus dem politischen Leben. Gemäss der Vorstellungen Bethlen's würden sich nach der Ausschliessung der Königsfrage die Partei der Christlich Nationalen Vereinigung, der konservative, aus Grossgrundbesitzern bestehende Flügel der Kleinlandwirtpartei — die Gruppe des einstigen Landesvereins der Ungarischen Landwirte (Országos Magyar Gazdasági Egyesület = OMGE) — und jene unbedeutenden kleinen Parteien in der neuen Einheitspartei vereinigen, die die Mitglieder der früheren Arbeiterpartei und der Verfassungspartei aufnahmen. Die Einheitspartei würde gemäss dieser Konzeption über etwa 130 Mandate verfügen, somit schon in der ersten Nationalversammlung die Mehrheit darstellen, daher das an Stelle der im November 1919 erlassenen Wahlrechtsverordnung tretende, auf einem Vermögens- und Intelligenzzensus, sowie auf einer öffentlichen Abstimmung beruhende, neue Wahlgesetz, das in der Lage ist die politische Macht der herrschenden Klassen dauernd zu sichern, mit Leichtigkeit verabschieden lassen könnte.³ Das Regierungsprogramm Bethlen's würde zum Gesetz erhoben werden, zu welchen Zweck das Mandat der Nationalversammlung um ungefähr ein halbes Jahr verlängert würde. Die Rechtsgrundlage zur Mandatsverlängerung wäre der Zeitpunkt der Wahlen jenseits der Theiss im Herbst 1920 gewesen. Das heisst, dass die zweijährige Dauer der ersten Nationalversammlung nicht von ihrer Einberufung am 16. Februar 1920, sondern von den Wahlen jenseits der Theiss, beziehungsweise von der Ergänzung der Nationalversammlung im Herbst 1920 gerechnet worden wäre.

Bethlen machte sich mit einer für ihn kennzeichnenden grossen Energie, ohne in den Mitteln besonders wählersich zu sein, an die Verwirklichung seines Planes. Die Regierung leitete schon im Februar 1921 ein ungewöhnlich strenges Verfahren gegen den im Rahmen des Landwirtschaftsministeriums tätigen Ernährungsrat wegen der Missbräuche um die sog. Ausfuhrbewilligungen ein. Laut der Anklage — die später durch die Untersuchung bestätigt wurde — haben die Beamten des Minis-

teriums für gewisse Nahrungsmittel mit festgesetztem Kontingent Ausfuhrbewilligungen für Geld ausgefolgt. Das Geschäft trug sowohl den Verkäufern wie auch den Käufern einen reichlichen Nutzen ein, war doch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln infolge des Mangels an zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen, der zerrütteten Finanzverhältnisse und der schwierigen inneren Ernährungsorgen seitens der Regierung im allgemeinen verboten.⁴ Gleichzeitig entfalteten sich in Österreich anhand der Auflösung der Monarchie und im Zusammenhang damit des Aufhörens des gemeinsamen Zollgebiets ausserordentlich schwierige Ernährungsprobleme, und für die aufgrund der Ausfuhrbewilligungen exportierten Agrarprodukte und Früchte wurden horrende Beträge bezahlt. Unmittelbar gegen den Landwirtschaftsminister István Nagyatádi Szabó wurde wohl kein Verfahren eingeleitet, doch gelang es ihm nicht die Anschuldigung eines Panams abzuweisen, wurden doch unter anderen sein Schwager Miklós Tankovits und sein Sekretär Lajos Esküdt verhaftet. Der Vorsitzende der Regierung betonte immer wieder, dass er die Akten der Angelegenheit und die Namen der Verantwortlichen ohne Rücksicht auf die Person veröffentlichen werde. István Nagyatádi Szabó sprach zu seiner Verteidigung nur von einem Übereifer der polizeilichen Ermittlungen, und drohte damit, dass er seine Geheimnisse in bezug auf die Verantwortung einzelner, Bethlen nahestehender Minister der Öffentlichkeit preisgeben werde.⁵ Der gestürzte, genauer gesagt der zu Fall gebrachte Politiker sprach mit seiner wehmütigen Melancholie ernste innenpolitische Gefahren heraufbeschwörend über die Untersuchung: "sie ergriffen alles – sagte er im Klub der Kleinlandwirte – um mich zugrunde zu richten, sie verhafteten meinen Sekretär, meinen Kanzleibeamten, meinen Schwager und doch konnten keine Anklage gegen mich erheben... ich verurteile die Missbräuche, und wirke mit meiner ganzen Kraft an deren Vergeltung mit, doch ebenso verurteile ich die Wühlarbeit der politischen Totengräber, die die Fehler irreführter oder schuldiger Menschen zur Veranstaltung von politischen Hetzjagden benutzen, ohne sich darum zu kümmern, dass sie die Lage umstürzen und das Land inmitten der schwierigsten aussenpolitischen Verhältnisse auch noch in ein innenpolitisches Chaos hineinreissen."⁶ Neben diesem defensiven Verhalten forderten die Kleinlandwirte eine Erhöhung der Ausfuhrgebühren und die Einführung eines unbeschränkten freien Verkehrs. Die Führer der Partei waren der Meinung, dass dies das beste Gegenmittel gegen ein Panama sei. Und als Bethlen im Oktober die Zustandenringung seiner Einheitspartei mit dem besprochenen Inhalt und Charakter urgierte und auch unmittelbar auf die Tagesordnung setzte, wies die entscheidende Mehrheit der Kleinlandwirtepartei wahrlich keine Anzeichen einer Unterwerfung auf. Im Gegenteil, sie suchte die Möglichkeit in die Opposition zu gehen, und frischte zu diesem Zweck fast schon vergessene liberale Forderungen wieder auf.⁷ Unter der Führung von Mihály Dömötör und István J. Kovács reihten sich nun die Abgeordneten und die Provinzorganisationen der Kleinlandwirtepartei gegen den Ministerpräsidenten, der der Kleinlandwirtepartei in den Rücken fiel und sie mit der Beschuldigung des Panamas blossgestellt hat. Auch

der für seine Macht und seinen Ministerstuhl besorgte, doch wegen der im Zusammenhang mit den Ausführangelegenheiten getroffenen behördlichen Massnahmen gekränkte Nagyatádi schloss sich ihnen an. "Ich wurde oft damit beschuldigt, dass ich die Partei entwaffnet und stets den Frieden verkündet habe, und dass ich immerwährend davon sprach, dass man die Lage nicht umstürzen muss, doch alles hat seine Grenzen. Wir müssen einbekennen, dass dieses Murren innerhalb der Partei vollauf begründet ist, konnte doch die Partei ihrer Standpunkt, ihre demokratische Auffassung und jene — unserer Ansicht nach gute — Richtung, die wir in unserem Parteiprogramm vertreten, in der Regierung niemals so zur Geltung bringen, wie wir es wollten und wie man es von uns mit Recht erwartet hätte".⁸ Die oppositionelle Stimmung der Partei wurde auch noch durch jene Massnahmen der Regierung gestärkt, die sie in den evakuierten, und dem Friedensvertrag von Trianon entsprechend an Ungarn zurückgegliederten Gebieten Pécs-Baranya zwecks Vorbereitung der Wahlen getroffen hat. Vor den Wahlen wurden hier die der Kleinlandwirtpartei angehörenden Obergespane der Reihe nach abgelöst, so wurden der Obergespan des Komitates Bács, György Kiss, der Obergespan des Komitates Baranya, Tamás Prakatúr und der Obergespan der Stadt Pécs, Imre Gasztonyi ihres Amtes enthoben, und an ihre Stelle Mitglieder der früheren Arbeitspartei und der Verfassungspartei gesetzt. Als sich die Organisationen der Kleinlandwirtpartei wegen des Vorgehens der Regierung beschwerten, versuchte Innenminister Rádai den Anschein der Unparteilichkeit zu erwecken, und argumentierte damit, dass es in den evakuierten Gebieten von Pécs-Baranya noch keine organisierten Parteien gebe, die Ernennung von parteilosen Obergespanen daher zweckmässig gewesen sei. Die Kleinlandwirtpartei hielt in den Monaten September und Oktober 1921 ihre Konferenzen im Zeichen einer Gegnerschaft des Grossgrundbesitzes und einer liberalen Opposition ab. Ihre entscheidende Mehrheit, 56 ihrer Abgeordneten-Mitglieder nahmen am 12. Oktober 1921 ein aus zehn Punkten bestehendes Programm an. Dagegen stimmten 14, unter ihnen die Minister Vilmos Tomcsányi und Gyula Ferdinándy, ferner István Rubinek, der Führer des Grossgrundbesitzer-Flügels der Kleinlandwirtpartei.⁹

Die Geschichtsliteratur und — hauptsächlich aufgrund derer — auch das Allgemeinbewusstsein betrachten das energische Aufrollen der Ausführpanamas für ein mittel um István Nagyatádi Szabó mürbe zu machen. Gemäss dieser Auffassung wollte ihn Bethlen dadurch zur Aufgabe seines Programmes bewegen, und den Führer der kleinlandwirte für die Einheitspartei gewinnen.¹⁰ Die Tatsachen beweisen jedoch nicht das. Bethlen's Zweck war nämlich vom Frühjahr bis zum Oktober 1921, bis zum zweiten Königsputsch, nicht der Nagyatádi Szabó mürbe zu machen und ihn dadurch für die Einheitspartei zu gewinnen, sondern die mit dem Namen Nagyatádi Szabó's verbundene Bewegung der reichen Bauern zurückzudrängen, ihre Massenbasis zu entziehen. Er wollte damals die die Regierung unterstützende Einheitspartei — wie wir darauf bereits hingewiesen haben — aus der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung, dem

konservativen Flügel der Kleinlandwirtepartei und den kleinen Parteien, welche die alten herrschenden Klassen in sich vereinigten, zustandebringen. Damit sich aber diese Einheitspartei schon in der ersten Nationalversammlung tatsächlich durchsetzen könne, musste – nach Bethlen's Ansicht – die Kleinlandwirtepartei gespalten, die Richtung Nagyatádi's kompromittiert, isoliert und unmöglich gemacht werden.

Parallel zu den gegen Nagyatádi Szabó gerichteten Angriffen kam es zu Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und den Führern der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung: Gyula Andrássy, István Haller, Károly Huszár usw. Im Mittelpunkt des sich lange dahinziehenden Kuhhandels stand die Königsfrage. Die Führer der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung verlangten entgegen der Kleinlandwirtepartei ein entschiedenes Versprechen, dass die Detronisierung abgewehrt und das Recht der freien Königswahl zurückgewiesen wird. Im Herbst 1921 schien es, als ob die Verhandlungen zu einem Kompromiss führen würden. Dessen Wesen charakterisierte Bethlen in seiner berühmten Rede in Pécs, in der er das Programm der Einheitspartei darlegen wollte, folgendermassen: weder Detronisation, noch Restauration.¹¹ In seiner programmgebenden Rede betonte er ausserdem: "es ist der letzte Augenblick gekommen, dass die Parteien in ihren eigenen Reihen Ordnung schaffen, wenn sie nicht wollen, dass sich das Land wieder auf den Weg des Verkommens und der Vernichtung verirre... Wenn die Parteien in ihren eigenen Reihen nicht Ordnung machen wollen, beziehungsweise können, dann müssen dies das Volk des Landes, die öffentliche Meinung des Landes, der Gesamtwille des Landes erzwingen, die man in diesem Fall anrufen müsste, ich frage aber, ist dieser Standpunkt begründet? Es ist meine Überzeugung, dass zwischen den beiden Parteien kein solcher grundsätzlicher oder sachlicher Gegensatz besteht, der ein Verschmelzen unmöglich machen würde... Wir benötigen die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der ungarischen Intelligenz, ungeachtet dessen, welcher öffentlich-rechtlichen Partei einzelne Mitglieder dieser Intelligenz in der Vergangenheit angehört haben."¹²

Mitte Oktober 1921 zog Bethlen bereits den Legitimisten Andrássy, das Mitglied der einstigen Arbeitspartei Kuno Klebelberg, sowie die Grossgrundbesitzer-Minorität der Kleinlandwirtepartei gemeinsamen Beratungen zu. Nach seiner in Pécs am 21. Oktober 1921 gehaltenen Rede sollte es zur organisatorischen Konstituierung der einheitlichen Partei kommen, wobei auch über den Namen der Partei entschieden werden sollte.

Es schien bereits so, dass der auf den konservativen Kräften beruhende Plan der einheitlichen Partei einer Verwirklichung entgegengeht, als ihn ein unerwartetes Ereignis, der zweite Königsputsch, zunichte machte. Während nämlich Bethlen seine, als Programmentfaltung geltende Programmrede, der er eine historische Bedeutung zumass, hielt und sich mit den Ergebnissen der bisherigen Kompromissverhandlungen prahlte, traf Karl IV. in Ungarn ein. Andrássy, der Vorsitzende der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung und mehrere bekannte legitimis-

tische Politiker der Partei eilten sofort zu ihm. Der auf dem Motto weder Detronisation, noch Restauration mühselig aufgebaute, schlaue Kompromiss wurde mit einem Schlag über den Haufen geworfen, und damit die Konzeption der geplanten einheitlichen Partei. In vorliegender Arbeit können wir natürlich nicht auf die Ereignisse, das Fiasko, die internationalen und innenpolitischen Auswirkungen und Folgen des zweiten Königsputsches eingehen, wir wollen nur auf jene Momente hinweisen die mit unserem Thema zusammenhängen.

Der zweite Rückkehrversuch Karls IV. und die Verhaftung der am Putsch beteiligten legitimistischen Politiker — Andrassy, Beniczky, István Rakovszky und anderer —, sodann die Verabschiedung des Detronisationsgesetzes in der Nationalversammlung spitzten jedoch nicht nur die Gegensätze zwischen den Legitimisten und der Regierung zu, sondern dies alles schob die Kleinlandwirtpartei, die das Programm einer freien Königswahl verkündete, in den Vordergrund und kräftigte sie. Für die Kleinlandwirtpartei bedeutete also der Königsputsch vor allem ein Fiasko des Versuches ihrer „Hinauskomplimentierung“ aus der Macht. Aus diesem Anlass näherten sich ihr die dem Reichsverweser nahestehenden militärischen und andere extrem rechts eingestellten Kreise. Nicht nur Gömbös, sondern auch Tibor Eckhardt, der Chef des Pressebüros des Ministerpräsidiums und Major Miklós Kozma wurden zu ständigen Mitgliedern des Kleinlandwirte-Klubs. Der Königsputsch wirkte auch auf die bisher verfolgte Politik Bethlen's aus. Und dies nicht einfach deshalb, weil sein Plan einer einheitlichen Partei zunichte wurde. Die Entente und die Kleine Entente übten Kritik an ihm wegen seines mit den Legitimisten abgeschlossenen Kompromisses. Die Legitimisten griffen ihn wegen seiner dem Putsch gegenüber erwiesenen Energie und der Detronisation an.¹³ Der liberale Flügel der Kleinlandwirtpartei versuchte sein arg mitgenommenes Ansehen dadurch zurückzugewinnen, dass er sein Recht und seine Treue dem Reichsverweser gegenüber betonte und beteuerte. Einstweilen motivierte aber seine Politik im Zusammenhang mit der Regierung auch seine Gekränktheit. Mit seiner Entschlossenheit im Falle des Putsches begründete sich aber Bethlen das Vertrauen des um seine Macht besorgten Horthy's, und auch die Entente vergass rasch die Zugeständnisse, die er früher den Legitimisten machte.^{13a} Dies alles genügte dazu, dass die Lage der Regierung durch die von verschiedenen Seiten erfolgten Angriffen nicht erschüttert werde. Im Gegenteil, sie ging selbst aus dieser unerwarteten, schwierigen aussen- und innenpolitischen Situation gestärkt hervor. Der Rücktritt Bethlen's am 14. November 1921 war daher nicht die Folge der Erschütterung seiner Lage, sondern ein Schritt, der einer Festigung seiner Position diene. Zeitungsartikeln gemäss kennt die tatsächliche Ursache und den Zweck der Demission allein Bethlen. Die Regierung trat deshalb zurück — schrieb Pesti Hírlap in ihrer Nummer vom 16. November 1921 treffend — „um eine neue Situation zu schaffen, nicht aber um zu gehen“. Der Demission folgte daher auch sehr rasch die Designierung Bethlen's zum Ministerpräsidenten. Inzwischen unternahm er seinen zweiten, von vornherein

für irreal erscheinenden, mehr nur zur Beruhigung seiner für verfassungsmässig erachteten Politik dienenden Versuch, aus den gegebenen Parteien der Nationalversammlung die einheitliche Partei zu bilden. Er suchte daher wiederholt die Kleinlandwirtpartei und die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung auf, und ersuchte sie sein in Pécs verkündetes Programm — mit Ausnahme der Königsfrage — anzunehmen. Sie mögen ihre Organisationen auflösen, an deren Stelle die Filialen der neuen einheitlichen Partei gebildet würden. Die Mitglieder der einstigen Arbeitspartei konnte er nach wie vor zu seinen sicheren Anhängern zählen. Seine Argumente sind die alten, bekannten Argumente. Das Zustandekommen der einheitlichen Partei sei die Vorbedingung für ein erfolgreiches Regieren, eine „schöpferische Arbeit,“ eine wirtschaftlich-politische Konsolidation.

Im Namen seiner noch nicht vorhandenen Regierung verkündete er schon am 26. November 1921 ein Programm. Er betonte dessen nationalen, agrarischen und christlichen Charakter, sowie den konfessionellen Frieden. Er wiederholte mehrere Punkte seiner Pécser Rede, so zum Beispiel die Notwendigkeit einer Gewinnung der ausserhalb der Parteien stehenden „Intelligenz.“ Zum ersten Mal sprach er hingegen über den sozialen Frieden mit jenen Arbeiterschichten, „die mit der politischen Richtung der Regierung im übrigen nicht einverstanden sind, jedoch bereit sind an der Arbeit des Wiederaufbaus des Landes mitzuwirken.“ Auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung bezeichnete er als dringliche Aufgaben seiner zukünftigen Regierung die Reform Magnatenhauses, die Schaffung des neuen Wahlrechtsgesetzes, eine zeitgemässe Reform der Munizipien, die Aufhebung der Zensur und gleichzeitig ein neues Pressegesetz, auf sozialem Gebiet eine beschleunigte Durchführung der Bodenreform, die Regelung des Vereinsrechtes und des Gewerkschaftsgesetzes, die Reform des Arbeiterversicherungsgesetzes usw.¹⁴ Wie er sagte, rufe er die Parteien in der vierundzwanzigsten Stunde in das Regierungslager. Für den Fall einer Zurückweisung des Rufes stellte er „eine andere Lösung,“ die Auflösung des Parlaments in Aussicht. Der Name der Partei wäre Partei der Nationalen Einheit.

Seine parteischaffenden Zielsetzungen waren auch zur Zeit, da er nur designierter Ministerpräsident war, reich an taktischen Elementen. In der Kleinlandwirtpartei betonte er, dass die einheitliche Partei auf der Kleinlandwirtpartei aufgebaut werde. In der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung hingegen hob er die Neuartigkeit der neuen Partei hervor, deren Charakter von allen bisherigen Parteigebilden abweicht.¹⁵

Die beiden grossen Parteien machten sich das Programm Bethlen's im allgemeinen wohl zueigen, die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung entschied sich jedoch hinsichtlich des Beitritts noch nicht, die Kleinlandwirtpartei aber hiel an der Beibehaltung ihrer Selbständigkeit entschlossen fest.¹⁶ Nagyatádi erklärte: „ich würde damit den Erfolg einer schweren Organisationsarbeit von 12 Jahren opfern . . . wenn jemand eine einheitliche Partei sucht, hier haben wir die einheitliche Partei, und

wenn jemand deren Programm aus aufrichtiger Überzeugung für sein eigenes anerkennt — wobei wir uns vor einer Ausweitung dessen nicht verschliessen — der möge herkommen.“¹⁷

In der Konferenz vom 29. November wurde auch eine Ergänzung des Namens der Partei mit dem Attribut „bürgerliche“ in Aussicht gestellt.¹⁸

Ende November 1921 endete also auch Bethlens' zweiter Versuch eine Einheitspartei zustande zu bringen, mit einem Misserfolg. Die Ereignisse brachten jedoch sehr bald den Beweis dessen, dass die Königsfrage — und innerhalb dieser der Königsputsch — zur vorübergehenden Kräftigung der Machtposition der Kleinlandwirtepartei geeignet sein konnte, einen dauernden Erfolg ihr aber nicht sicherte. Im Herbst vermochte sie noch die Gründung der einheitlichen Partei hinauszuschieben, aber die überaus grosse Rolle des Programms einer freien Königswahl war an sich schon ein Anzeichen der Schwäche. Die bedingungslose Kapitulation liess auch nicht lange auf sich warten.

Die zweite Regierung Bethlen und die Nationalversammlung

Graf István Bethlen stellte am 3. Dezember 1921 seine zweite Regierung, ohne die Führer der Nationalversammlungsparteien zu befragen — aus der Reihe seiner eigenen Anhänger zusammen. Innenminister der Regierung wurde Graf Kuno Klebelsberg, Landwirtschaftsminister János Mayer, Finanzminister Tibor Kállay, Ernährungsminister Béla Téryffy. Graf Miklós Bánffy, Hegyeshalmy, József Vass, V. Pál Tomcsányi, Sándor Belitska und Nándor Bernolák behielten auch in der zweiten Regierung Bethlen ihr Portefeuille. Der gekränkte, renitente István Nagyatádi Szabó erhielt also kein Ressort. „Glauben sie mir — sagte der Führer der Kleinlandwirte zu seiner eigenen Beruhigung — es ist nicht eine so gute Sache Minister zu sein. Es ist dies wie die Geburt und der Tod: der Mensch wird geboren und stirbt: der Mensch wird Minister und stürzt.“¹⁹ Zur Neubildung der Regierung kam es im Zeichen der schon wiederholt betonten „neuen Art und Weise,“ des „neuen Verfahrens.“ Es wurde sehr bald klar, dass Bethlen unter dem allen die Auflösung der Nationalversammlung und eine aufgrund der neuen Wahlrechtsnorm zustandegekommene Nationalversammlung geänderter Zusammensetzung verstand, und dies kündigte er am 13. Dezember 1921 in der Finanzkommission der Nationalversammlung auch an.²⁰ Auch die Organisierung der Einheitspartei verknüpfte er mit den Neuwahlen zur Nationalversammlung. Die erste Nationalversammlung besichtigte er offen der Unbeholfenheit und Arbeitsunfähigkeit. Er betonte häufig, die habe die Intelligenz — wobei er in erster Linie die Mitglieder der einstigen Arbeitspartei meinte — aus der Macht ausgeschlossen, deshalb konnte sie das Land aus dem Chaos der Revolutionen nicht auf den Weg der Verfassungsmässigkeit führen. Von den verfassungsrechtlichen Fragen habe sie allein die Macht des Staatsoberhauptes geregelt, doch suchte und fand sie nicht jene verfassungsrechtlichen Formen, mit denen die gesetzgebende Macht — innerhalb deren das Magnatenhaus — und die Verwaltung wieder-

hergestellt werden hätte können. Die Wiederherstellung der Verfassungsmässigkeit wird daher die Aufgabe einer arbeitsfähigen Nationalversammlung mit neuer Zusammensetzung und neuem Charakter sein. Seiner Meinung nach kann die neue Zusammensetzung der zweiten Nationalversammlung vor allem die Wahlrechtsreform, ihre Arbeitsfähigkeit aber eine, die Regierung unterstützende einheitliche Partei gewährleisten. Aus diesem Grund erachtete die Regierung Bethlen die Schaffung des neuen Wahlrechtssystems und die Vorbereitung der Wahlen für ihre wichtigste Aufgabe. Auch das Zustandebringen der Einheitspartei wurde dem untergeordnet. Damit änderte sich auch die frühere Konzeption Bethlen's in bezug auf die Bildung der Einheitspartei, sie bewegte sich ja nunmehr in erster Linie nicht in der Relation der Parlamentsparteien, sondern war auf den Neuwahlen aufgebaut, die aufgrund des neuen Wahlrechtes, unter der Anleitung der Regierung durchzuführen sind.

Wenn die zweite Regierung Bethlen ihre Entscheidung den Wünschen der gegebenen Parteien gemäss auch nicht modifiziert hat, wollte sie den Anschein eines verfassungsmässigen Regimes — vor allem wegen des Entente-Auslands — doch wahren, und berücksichtigte die gegebenen Parteiverhältnisse. Sie verlangte eine Mässigung für die Zeit der Wahlen versprach auch Zugeständnisse, doch wenn sie es für zweckdienlicher hielt, zeigte sie Entschlossenheit und drohte auch. Nachdem sich die Wogen der Königsfrage auch in den ersten Monaten des Jahres 1922 nicht legten, ja die Legitimisten sogar im Namen Karls IV. den Wahlkampf begannen, schien eine Gewinnung der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung für hoffnungslos. Unter den Parteien der Nationalversammlung suchte sie daher die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Kleinlandwirtepartei, die sich vor den Neuwahlen fürchtete, um ihren Einfluss in der Nationalversammlung besorgt war, der Regierung gegenüber aber die grösste Nachgiebigkeit und Loyalität erwies.

Die Legitimisten und die mit ihnen eine gemeinsame Aktion beginnenden Oppositionellen griffen die Regierung mit einer Rabulistik an, die an die Obstruktion vor der Jahrhundertwende erinnerte, und zogen die Verabschiedung des Staatshaushaltsplans für das Jahr 1922 in die Länge. Die sich auf die Wahlen vorbereitende Regierung aber betrachtete diesen Wortschwall fast gleichgültig.²¹

Von den liberalen Oppositionsparteien wollen wir die unter der Leitung von Károly Rassay stehende Unabhängige Kleinlandwirte-, Bauern- und Bürgerliche Partei, die Nationaldemokratische Partei und die Achtundvierziger Unabhängigkeitspartei erwähnen. Die Betätigung der Republikanischen Partei bewilligte die Regierung nicht, die bürgerliche radikale Bewegung aber konnte sich wegen der Emigration ihrer Führer und des Konterrevolutionären Terrors nicht neuorganisieren. Die seitens der Konterrevolution geduldeten, aber zwischen enge Betätigungsschranken gedrängten liberalen Parteien hingegen kämpften selbst mit tiefgreifenden inneren Widersprüchen. Ihrem Liberalismus steckte nämlich von vornherein ihr verneinender Standpunkt gegenüber der Demokratie und dem Sozialismus eine Grenze. Ihre Programme und ihre Tätigkeit

beruhten auf der Akzeptierung des Wesens der Konterrevolution. Ein Zurückdrängen der extrem rechtsorientierten Kresie, eine Ausweitung der politischen Freiheitsrechte, beziehungsweise die Einstellung der Beschränkung dieser mit ausserordentlichen Mitteln hielten sie jedoch für erwünscht. Die Nationaldemokratische Partei und die Rassay-Partei wandten sich gegen den Antisemitismus. Sie hielten eine solche Konsolidation der Konterrevolution für erwünscht, in der die konservativen und liberalen Parteien mit den Mitteln der parlamentarischen Wechselwirtschaft die Regierung gewährleisten.²² Ihre diesbezügliche Hoffnung erwies sich, — wie es die geschichtlichen Ereignisse bezeugten —, für eine Illusion. Das System der Konterrevolution duldete nämlich eine derartige Wechselwirtschaft nicht. Die sich um Bethlen gruppierten konservativen Kräfte verschoben sich immer mehr nach der äusseren Rechten. Der grundlegende innere Widerspruch der oppositionellen liberalen Parteien vereinte sich dadurch mit einem politischen Illusionismus, und dieser Umstand trug nicht allein zu ihrer Isolierung bei, sondern er drängte sie auch in immer neuere taktische Bündnisse, die in Sackgassen endeten. In der ersten Nationalversammlung schlossen sie sich so den Legitimisten an. Der Legitimismus war aber auch mit der konservativen Herrschaftsstruktur vor den Revolutionen gleichbedeutend, daher setzten die liberalen Parteien sogar die Glaubwürdigkeit einiger ihrer liberalen Zielsetzungen aufs Spiel.

Ein bedeutender Meilenstein auf dem Wege zur Gewinnung der Kleinlandwirtpartei war der 5. Januar 1922, als Bethlen unter ungewöhnlichen Ausserlichkeiten wieder im Klub erschienen war, und hier eine lange Rede hielt. Vor allem befasste er sich natürlich eingehend mit dem, was ihn mit der Kleinlandwirtpartei verband: mit den Königsputschen und der Gefahr des Legitimismus. „Es zeigte sich in diesem Lande — sagte er unter anderem — eine grosse und kräftige Propaganda, die gewisse Erfolge aufzuweisen vermag, ich künde daher den Kampf gegen diese Propaganda an, mit dieser Propaganda muss im Interesse des Landes Schluss gemacht werden, es ist daher die Zeit gekommen, wo ich den mit hingeworfenen Handschuch aufnehmen muss... Es heisst, dass wenn König Karl hier den Thron mit Gewalt wieder einnehmen hätte können, in diesem Land die Ordnung und der Frieden und auch die Integrität des Landes wieder hergestellt worden wäre... Wenn die Integrität wieder hergestellt werden kann, so ist dies nur in einem Augenblick möglich, da die Einheit der Nation bereits vorhanden ist.“²³ Nach der Aufschwörung der Gefahr folgten mit einer für den geschickten Taktiker kennzeichnenden Wendung die anlockenden Gesten. Die Kleinlandwirtpartei baue ihre Politik gleichsam auf einen Felsen auf — sagte er —, daher wolle er sich mit ihr vereinen, und forderte die Partei zur Vereinigung auf. Es ist also keine Rede davon, dass Bethlen am 5. Januar 1922 der Kleinlandwirtpartei beigetreten ist. Nagyatádi Szabó begrüsst den Ministerpräsidenten als Gast. Zur Gründung der Einheitspartei kam es — wohl nach einer nicht allzulangen Zeit, doch immerhin unter völlig anderen Umständen. Das Missverständnis ist jedoch nicht allein bei den

Historiken wahrzunehmen. Die Situation fassten vor allem die Führer der Kleinlandwirtpartei irrtümlich auf. Den Vereinigungswunsch Bethlen's bejahten sie, und gefielen sich nachher schon als Mitglieder und Führer der Einheitspartei. Einstweilen bestritt diese Meinung auch Bethlen selbst nicht, er machte es erst nach Auflösung der Nationalversammlung für unmissverständlich, das er zum Zustandebringen der Einheitspartei nicht die von den Kleinlandwirten gewünschte, romantische Form wählte.

Die Verhandlungen und der Pakt der zweiten Regierung Bethlen mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei

In der Innenpolitik der sich mit der Absicht einer Auflösung der Nationalversammlung und der Ausschreibung von Neuwahlen konstituierenden zweiten Regierung Bethlen nahm die „Regelung“ des Verhältnisses zur Sozialdemokratischen Partei eine wichtige Stelle ein.²⁴ Schon in seiner Programmrede, mit der sich der Ministerpräsident am 7. Dezember dem Parlament vorstellte befasste er sich eingehend mit dieser Frage, und verwies auf die bevorstehenden unmittelbaren Verhandlungen. „Ich halte es für notwendig – sagte er –, dass wir die Fühlung mit jenen Arbeiterschichten aufnehmen, die bisher gegenüber den übrigen Klassen eine gewissermassen starre, verschlossene Politik verfolgten... Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes werden wir die Freiheit im weiteren Sinne auslegen als bisher. Wir sichern jeder Partei gleichermaassen die gleiche Behandlung zu... wir wollen der Arbeiterklasse die völlige Freiheit der Gewerkschaftstätigkeit gewährleisten, sofern wir in jenen Hinsicht Garantien erhalten, dass die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht für parteipolitische Zwecke verwendet wird. Die Freiheit konzedieren wir, einen Missbrauch der Freiheit jedoch unter keinen Umständen... ich werde dafür sorgen, dass die Internierten einer neuerlichen Revision unterzogen werden... wir wollen dafür sorgen, dass gegenüber den unter Polizeiaufsicht und Meldepflicht Stehenden rücksichtsvoller und humaner vorgegangen werde...“²⁵ Er stellte die Aufhebung des Standrechtes in Aussicht, und versprach auch eine Amnestieverordnung zu erlassen. „Demgegenüber bitten wir aber die Arbeiterklasse – fuhr er fort – dessen bewusst zu werden, dass sie genauso Ungarn sind wie wir alle, dass sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben, und dass es unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen nicht allein das Interesse des Landes, sondern auch das ihre ist, in Machtfragen nicht zur Waffe des Klassenkampfes zu greifen.“²⁶ Die Verhandlungen – über deren Verlauf Bethlen nach ihrem Abschluss die Presse informierte – begannen am 8. Dezember und wurden am 21. Dezember abgeschlossen. Von Seiten der Regierung nahmen an diesen Bethlen, Vilmos Tomcsányi, Bernolák, Hegyeshalmy und Oberstadthauptmann Imre Nádosy, seitens der Sozialdemokratischen Partei hingegen Károly Peyer, Vanczák, Farkas, Ferenc Miákits, Samu Jászai und Sándor Propper teil.²⁷ Die Verhandlungsgrundlage bildete das Memorandum der Sozialdemokratischen Partei. In diesem

betonte die sozialdemokratische Parteiführung: die Interessen der Arbeiterschaft sind mit jenen des Landes identisch, daher ist die Partei bereit an der grossen, historischen Arbeit des Wiederaufbaus der Nation teilzunehmen. Um aber dies erfolgreich bewerkstelligen zu können, verlangte sie das Vereins- und Versammlungsrecht, eine freie Tätigkeit der Gewerkschaften, die Aufhebung der Stellung unter Polizeiaufsicht und des beschleunigten Gerichtsverfahrend, eine Amnestie, die Autonomie der Arbeiterversicherung usw. „Dementsprechend war der Zweck der Verhandlungen — erklärte Bethlen in seiner Information über die Verhandlungen — anhand der Behebung der nachteiligen Umstände eine Situation zu schaffen, die durch Beseitigung sämtlicher vorgebrachten Hindernisse eine Einschaltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in die Arbeit des Wiederaufbaus des Landes sowohl im In- wie auch im Ausland ermöglicht, und dass sie an dieser zusammen mit den übrigen Schichten der Nation mit voller Hingabe teilnehme.“²⁸ Die konkreten Vereinbarungen zählte er nicht auf, wortkarg teilte er nur mit, dass die Führer der Sozialdemokraten an den Forderungen der Arbeiterklasse schroff festgehalten haben, dessenungeachtet sei es aber gelungen solche Vereinbarungen zu treffen, welche die Teilnahme der Arbeiterklasse am Wiederaufbau sichern. Hierzu machen sie auch ihre ausländischen Beziehungen nutzbar, gleichzeitig aber brechen sie jede Verbindung mit der Emigration ab.²⁹ Einstweilen schalten sie sich — als ausserhalb des Parlaments stehender Faktor — in das innenpolitische Leben ein, und bieten der Regierung eine tatkräftige Unterstützung den extremen Strömungen gegenüber.

Die Vereinbarung zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Parteiführung, der sog. Bethlen — Peyer-Pakt ist ein vielumstrittener Gegenstand unserer Geschichtswissenschaft. Die Bewertung entbehrte jedoch lange Zeit hindurch jede konkrete historische Analyse.³⁰ Daher blieben die Beweggründe der Paktverhandlungen im dunkeln und die Verfolgung der Realisierung des Abkommens unvollständig. Welche Ursachen wohl die beiden Parteien zur Aufnahme der Verhandlungen bewegt haben mochten? Warum begannen diese gerade im Dezember 1921? Wann traten die Bestimmungen des Paktes in Kraft, bzw. wie lange waren sie gültig? In unserer Studie können wir uns natürlich zu einer Erörterung und Beantwortung dieser, eine gründliche Analyse erfordernden Fragen nicht entschliessen, wir wollen sie nur vom Aspekt der Regierungspolitik aus einer Prüfung unterziehen. Und hier müssen wir gleich auf einen, in der Geschichtswissenschaft verbreiteten, auch in unserer Tagen immer wieder auftauchenden Irrglauben, auf den Charakter des Paktes hinweisen. Aus der zitierten Erklärung Bethlens und aus der Kritik der sozialdemokratischen Emigration geht es eindeutig hervor, dass die Tatsachen der Verhandlung und der Vereinbarung nicht geheim war, obwohl das, die Vereinbarung eingehend darlegende, in Punkte zusammenfassende Protokoll nicht veröffentlicht wurde.³¹ Die Führer der Sozialdemokratischen Partei vermochten sich natürlich im gegebenen Zeitpunkt, und noch weniger später, aus historischer Perspektive mit diesem Pakt zu prahlen. Das Zünglein an der Waage des Paktes schlug

nämlich aufgrund der in die Schalen gelegten Vorteile zugunsten der Regierung aus. Hierbei waren nicht so sehr die ziffernmässigen Vorteile von Bedeutung, sondern vielmehr deren Gewicht, brach doch Bethlen — wie wir bereits gesehen haben — mit der früheren Regierungstaktik, und verknüpfte die Bildung der Einheitspartei mit den, auf dem neuen, eingeeengten Wahlrecht beruhenden Wahlen zur Nationalversammlung zusammen. Im Interesse eines, gegen die revolutionären Bewegungen gerichteten Kampfes und des Ausbaus der ausländischen Beziehungen hielt er eine Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, in einer, auf einer organisierten, kräftigen, die Regierung unterstützenden einheitlichen Partei aufgebauten, konsolidierten parlamentarischen und innenpolitischen Lage nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig. Es waren bereits mehr als zwei Jahre seit der Machtergreifung der Konterrevolution vergangen, aber selbst alle Terroraktionen, christlichen und nationalen Phrasendumpings des weissen Terrors und der Regierungsmacht vermochten die demokratischen und sozialistischen Organisationen nicht zu beenden. Zugleich aber endeten sämtliche Versuche zur Gründung christlichsozialer Arbeiterorganisationen und Parteien, einer nach dem anderen mit einem Fiasko. Die wirtschaftliche Lage des Landes gestaltete sich inzwischen katastrophal. Die Inflation nahm dauernd zu, die Ernährungssorgen wurden von Tag zu Tag schwieriger, die Arbeitslosigkeit nahm überhand und in Ermangelung und in Handelsverträgen erlahmte der Aussenhandelsverkehr. In dieser innen- und aussenpolitischen Situation bot die sozialdemokratische Parteiführung der Regierung das, was sie vor allem benötigte: Unterstützung den revolutionären Richtungen gegenüber und Hilfe zur Behebung der politischen und wirtschaftlichen Isolation. Der Pakt verhalf aber der Regierung Bethlen nicht allein zum Erfolg ihrer perspektivischen Konsolidierungsziele, sondern erforderte auch die Kräftigung der bestehenden innenpolitischen Lage. Denn wenn es auch ist, dass die zweite Bethlen-Regierung schon in die Zukunft blickte und ihre Entscheidung nicht von der Stellungnahme der Parteien der ersten Nationalversammlung und ihren endlosen, obstruktionsartigen Debatten abhängig machte, so konnte sie — teils wegen des Auslandes, teils im Interesse des Wahlerfolges — die Vorgänge im Parlament doch nicht übersehen. Im Parlament aber sass — mit Ausnahme der Regierung Fejérváry in den Jahren 1905–1906 — noch keine Regierung so isoliert wie die zweite Regierung Bethlen anlässlich ihrer Vorstellung. Die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung griff sie wegen der Detronisation und ihrer, im Gefängnis sitzenden Führer an. Die Kleinlandwirtepartei demonstrierte mit Betonung der Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit gegen sie. Die liberale Opposition aber übte an ihrer Innenpolitik Kritik. Die zweite Regierung Bethlen trachtete mit diesen Verhandlungen die sich Widersetzenden zur Ergebung zu bringen, und sie zu Anhängern der Einheitspartei zu schmieden.

Um die Jahreswende 1921–22 standen die ungarischen Parlamentsverhältnisse — nicht zuletzt als Folge der, die öffentliche Meinung und die Regierungen informierenden Stellungnahmen der sozialdemokrati-

schen Parteien — im Vordergrund des Interesses des internationalen politischen Lebens. Die in der Nationalversammlung isoliert dastehende Regierung hätte wohl kaum mit Ausweitung ihrer internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen rechnen können, falls sie die sozialdemokratische Parteibewegung als bloße Polizeiangelegenheit behandelt hätte. Der eine Einengung des Wahlrechts enthaltende Gesetzentwurf, sodann die diesbezügliche Verordnung hätten offenbar einen lebhafteren internationalen Widerhall ausgelöst, wenn die Regierung inzwischen nicht mit der sozialdemokratischen Partei verhandelt hätte. Es stand daher keinesfalls ein Geheimhalten des Paktes im Interesse der Regierung, sondern gerade im Gegenteil, dessen Verlautbarung vor aller Welt.

Für die sozialdemokratische Partei Ungarns stellte der Pakt einen Erfolg in ihrem Kampf ums Dasein dar. Auch ist er zugleich ein Zeichen dessen, dass die Versuche der ungarischen herrschenden Kreise christlichsoziale Parteien zu gründen, scheiterten. Es wurde offensichtlich, dass unter Ausschluss der auf eine traditionelle Vergangenheit zurückblickenden sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften keinerlei konterrevolutionäre Konsolidation möglich ist. Eine andere Frage ist natürlich, dass einer Rechtsausweitung das System der Konterrevolution von vornherein eine Grenze gesetzt hat. Die Partei konnte ferner keinerlei Garantie bezüglich der Einhaltung der Vereinbarungen erhalten, und erhielt auch keine solche.

Das Wahlrecht und die Auflösung der ersten Nationalversammlung

Der Regierung gelang es — wie wir bereits gesehen haben — in ihrem Verhältnis zur Kleinlandwirtpartei anfangs Januar 1922 eine entscheidende Änderung zu erzielen. Nagyatádi und seine Anhänger wurden in der Hoffnung, dass sie neue Partei auf der Kleinlandwirtpartei aufgebaut werde, zu Unterstützern der Regierung. Bethlen und Innenminister Klebelsberg zerstörten ihre illusionen nicht, sie kräftigten diese vielmehr, als sie ihnen ihre Konzeptionen bezüglich des neuen Wahlrechtes bekanntgaben. Dies geschah aber nicht im Parteiklub, sondern Klebelsberg lud die Abgeordneten der Kleinlandwirtpartei in Turnussen ins Innenministerium ein. Damit versuchte er ihren Widerstand zu verringern, und sie — wenigstens teilweise — für den Antrag zu gewinnen. Die diesbezügliche Debatte weitete sich jedoch aus, als der Antrag am 27. Januar 1922 dem Rechtsausschuss der Nationalversammlung vorgelegt wurde.³² Die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung, die liberale Opposition, ja selbst die entscheidende Mehrheit der Kleinlandwirtpartei wandten sich — trotz der in Turnussen erfolgten Überzeugungsversuchen — gegen die wesentlichen Elemente des Gesetzantrags über das Wahlrecht. Sie forderten die Geheimheit, nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern, die Streichung der zweijährigen Ortsansässigkeit als Kriterium der Wahlberechtigung, eine Änderung der geplanten Art und Weise der Kandidatenaufstellung und eine gesetzliche Feststellung der wesentlichen

Wahlverfügungen. (Die Regierung beabsichtigte nämlich das Wahlverfahren – im Gegensatz zu den früheren Wahlgesetzen – im Verordnungsweg zu regeln.) Natürlich wurde auch innerhalb der heterogen zusammengesetzten Opposition heftig debattiert, vor allem über die Festsetzung des Vermögens- und Bildungszensus und über das Wahlrecht der Frauen, ferner in Angelegenheit der sog. Listenabstimmung oder Einzelabstimmung. Die Parteien der Nationalversammlung wandten sich also – mit Ausnahme der Anhänger der früheren Arbeitspartei und einiger „Kleinlandwirte“ – Abgeordneten – einheitlich gegen den neuen Wahlrechtswurf der Regierung. Als der Gesetzwurf der Regierung am 11. Februar 1922 dem Plenum der Nationalversammlung vorgelegt wurde, war es jedem klar, dass die erste Nationalversammlung diesen Antrag nicht zum Gesetz erheben wird. Dies wusste auch Bethlen selbst. Er legte ihn auch nicht in der Hoffnung vor, dass das Parlament ihn behandle und verabschiede. Mit diesem Schritt wollte er vielmehr seiner Regierung den Anschein der Verfassungsmässigkeit verleihen und die Verantwortung auf die Opposition abwälzen. In der Sitzung des Wahlrechtsausschusses vom 6. Februar 1922 erklärte er: wenn die Opposition es verhindert, dass der Antrag zum Gesetz erhoben werde, trägt sie hierfür die Verantwortung.³³ Der Ministerpräsident deklarierte – dank seiner erfolgreichen Taktik der Kleinlandwirtepartei gegenüber – den Antrag zum Majoritätsantrag.³⁴ Er war aber darauf bedacht, dass in der Nationalversammlung für die Debatte und Abstimmung über den Antrag keine Zeit bleibe. Die Beratung des Antrags und eine Abstimmung über ihn hätten nämlich die Unterschiedlichkeit zwischen dem Standpunkt der Regierung und dem der Kleinlandwirte-Abgeordneten zu sehr ans Tageslicht gebracht, wodurch der Anschein des seitens Bethlen's so sehr bevorzugten „Majoritätsantrags“ gefährdet worden wäre. Die Regierung verschloss sich also starr vor einer Verlängerung des Mandats der Nationalversammlung. „Entweder will die Nationalversammlung und wünscht die Nationalversammlung über diesen Antrag zu beraten – sagte Bethlen in der Sitzung des Wahlrechtsausschusses vom 6. Februar 1922 –: dann reicht hierzu die zur Verfügung stehende Zeit reichlich aus, steht uns ja mit den verlängerten Sitzungen, den acht Stunden dauernden Sitzungen reichliche Zeit zur Verfügung, falls die Opposition nicht dagegen zu obstruieren wünscht, dass über den Antrag beraten werde. Wenn aber die Nationalversammlung über den Antrag nicht verhandeln will, oder wenn versucht wird zu verhindern, dass die Mehrheit der Nationalversammlung mit ihrer Stimme die Frage entscheide, dann würden wir in zwei oder drei Wochen wieder dort sein, wo wir heute stehen, dann müssten wir abermals an eine Verlängerung denken, was jedoch nicht zum Ziel führen würde.“³⁵

In den letzten Sitzungen der ersten Nationalversammlung stand nicht mehr der auf der Tagesordnung stehende Wahlrechtsantrag im Mittelpunkt der Debatte und des Interesses, sondern das bevorstehende Vorgehen der Regierung. Aufgrund welcher früheren wahlrechtlichen Rechtsnorm wird sie, und kann sie die Neuwahlen ausschreiben? Kann

sie eine neue Wahlrechtsverordnung erlassen? Letzteres Vorgehen hielt die Opposition für gesetzwidrig, indem der G.A. I. vom Jahre 1920 die früheren Verordnungen, so auch die Friedrich'sche Wahlrechtsordnung zum Gesetz erhoben hat. Ein Gesetz aber kann im sinne der Verfassungsmässigkeit nicht durch eine Verordnung abgelöst oder geändert werden. Die Regierung machte gleichzeitig kein Hehl daraus, dass sie den Gesetzentwurf des Wahlrechts — an dem sie nichts von dem allen änderte, was die Opposition wünschte — im Verordnungsweg in Kraft zu setzen wünscht. Als Rechtsgrundlage berief sie sich auf § 10 des G.A. I. vom Jahre 1920, der laut Auslegung der Regierung Möglichkeit zur Änderung und Ergänzung der erwähnten Verordnung bietet. Diese Rechtsauslegung konnte aber keineswegs überzeugend sein, weil § 10 des G.A. I. vom Jahre 1920 ausdrücklich über eine Ergänzung bzw. Abänderung spricht. Der Wahlgesetzentwurf der Regierung Bethlen wich hingegen von der Friedrich'schen Wahlrechtsverordnung radikal ab. Es handelte sich also nicht um eine Abänderung bzw. Ergänzung, sondern um einen völlig neuen Rechtsnormentwurf. All dies wusste auch die Regierung. Deshalb verlangte sie nach der Schliessung der ersten Nationalversammlung am 16. Februar 1922 vom Reichsverweser die Einberufung einer aus Juristen, Politikern und kirchlichen Würdenträgern bestehenden Fachberatungsregierung, nach dem Muster der Judexkurialkonferenz vom Jahre 1861.³⁶ Ihre Funktion bezeichnete sie in der Entscheidung „gegensätzlicher Rechtsauffassungen“ und der „Gesetzesauslegung.“ Dies alles war natürlich eine rechtliche Absurdität, doch weist es jedenfalls darauf hin, dass Bethlen mehr Gewicht auf die Form legte als seine unmittelbaren Vorgänger, und bestrebt war ein geregeltes System der Konterrevolution auszugestalten. Auch als Grundlage zur Einberufung der Fachberatungsregierung suchte er Paragraphen von Gesetzesstellen. Schliesslich griff er zu den §§ 8 und 9 des G.A. XVII vom Jahre 1891 über die Abänderung der Gerichts- und Anwaltsverfassung, wo erklärt wird: Die Leiter der Gerichte sind verpflichtet in Gesetzgebungsfragen auf Wunsch des Justizministers ihre Meinung zu äussern.³⁷ Einige Tage nach Auflösung der Nationalversammlung trat am 21. Februar 1922 unter dem Vorsitz Horthy's — nicht mit einer Gesetzgebungs- sondern einer Begutachtungsfunktion — die sog. verfassungsrechtliche Konferenz zusammen. Ausser dem Reichsverweser nahmen an dieser die Minister Bethlen, Klebelsberg und Tomcsányi, ferner János Csernoch, Jenő Balogh, Ákos Timon, Ödön Polner, Károly Némethy, Albert Berzeviczy, László Ravasz, Sándor Raffay, Gusztáv Töri, Präsident der kgl. Kurie, Gyula Wlassics, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes usw. teil.³⁸ Die Konferenz spielte die ihr zuge dachte Rolle der Begutachtung reibungslos. Sie erklär; die Einberufung der neuen Nationalversammlung sei aktuell geworden, und die Regierung habe hinsichtlich des zur Grundlage dieser dienenden Wahlrechts freie Hand. Die verbindliche Gültigkeit der Friedrich'schen Verordnung sei mit der Auflösung der ersten Nationalversammlung am 16. Februar 1922 erloschen.³⁹

Die organisatorische Gründung der Einheitspartei

Nach dem Anhören des die Nationalversammlung beschliessenden Erlasses des Reichsverwesers eilten die Abgeordneten der Christlichen Kleinlandwirte- und Bürgerpartei — der Kleinlandwirtepartei — in ihren Klub. Das neuerliche Abendessen verlieh jedoch nicht der Rechenschaft des zweijährigen Mandats eine feierliche Form, sondern es wurde zum Akt der Suche nach einem Ausweg aus der unsicher gewordenen Zukunft, zum Anlass einer Meditation über die zu erwartenden Ereignisse. Gelang es der Erbe ihrer Partei in die sich nähernden neuen Verhältnisse hinüberzuretten? Bleibt ihr Gewicht in der neuen Nationalversammlung erhalten? Können sie sich in der Hoffnung des Erfolges in den Wahlkampf einlassen? Werden sie von der Regierungsmaschinerie Unterstützung erhalten? Wie wird sich das Verhältnis zwischen der Regierung und ihrer Partei gestalten? Viele erwogen die Möglichkeit einer Lostrennung von der Regierung: Die sich im Parteiklub angehäuften Fragen beantwortete der dort erschienene Ministerpräsident. Bethlen konnte mit der Beschliessung der Nationalversammlung nur die erste, die Anfangsetappe seiner übernommenen Zielsetzungen beenden. Bis zum völligen Erfolg, zum Wahlsieg der die Regierung unterstützenden Einheitspartei, hatte er noch einen langen Weg zurückzulegen. Bestand ja die einheitliche Partei noch garnicht, gleichzeitig aber wurden durch die Beschliessung der Nationalversammlung die Neuwahlen zur Nationalversammlung auch unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt. In dieser Situation war es besonders wichtig, auf welche politischen Kräfte sich die Regierung stützen kann, und mit welcher Opposition sie im Wahlkampf zusammenstossen wird. Die Stellungnahme der Kleinlandwirtepartei, die sich als Einheitspartei betrachtete und nach der Macht strebte, konnte schon allein wegen des Wahlkampfes für sie nicht gleichgültig sein, und war es auch nicht. Bethlen versuchte die wegen der Auflösung der Nationalversammlung wahrnehmbare Verzagtheit durch einen Optimismus abzulösen, und die sich kräftigenden oppositionellen Erscheinungen mit Versprechen und Drohungen zurückzudrängen. In seiner langen Rede liess er erkennen, dass die Kleinlandwirtepartei nicht die seinerseits geplante Einheitspartei ist, die aber in wenigen Tagen zustandekommen wird. Er ersuchte die Kleinlandwirtepartei ihm ohne Illusionen und selbständige Vorstellungen zu folgen, da dies der einzige Weg zur aussen- und innenpolitischen Konsolidation sei. Die Konsolidation aber ist die Grundbedingung des Weiterbestehens des Landes. „Die ungarische Politik steht vor einem Wendepunkt — erklärte er am Abendessen der Kleinlandwirtepartei vom 16. Februar — Wenn ich auf die ungarische Vergangenheit zurückblicke, muss ich sagen, dass es in diesem Lande noch niemals eine völlige Konsolidation gab, weil es an der Konsolidation des Parlamentes fehlte. Sie fehlte, weil durch eine Koalition der Parteien, einer Zusammenfassung von Parteien keine Regierung gebildet werden kann. Die Koalitionsregierungen waren in Ungarn immer zum Tode verurteilt. Wir brauchen eine einheitliche Partei, damit sie in Ungarn die Last der Regierung

trage, nur dann kann sie auch deren Vorteile genießen. Wir wollten hier im Parlament eine Einheitspartei zustandebringen, und wenn uns dies bisher nicht vollauf gelang, so müssen wir sie vor den Wahlen zustandebringen. Das Land steht auch darum vor einem Wendepunkt, weil es sich bei den bevorstehenden Wahlen entscheiden wird, ob es uns gelingt in Ungarn einen gesellschaftlichen Frieden, eine politische Konsolidation und eine solche Richtung zu erkämpfen, die der Kommenden Regierung für lange Zeit einen tragfähigen Grund gewähren. Dessen bedarf diese Nation. Sie bedarf dessen, weil dieses verstümmelte Land dem Druck, der es von allen Seiten bedrängt nur dann widerstehen kann, wenn es unter einer einheitlichen Führung steht, wenn das Land von einer einheitlichen Partei und einem einheitlichen Willen gelenkt wird.“⁴⁰

Die Sache der die Regierung unterstützenden einheitlichen Partei trat demnach durch die Auflösung der Nationalversammlung in eine neue Phase, und nahm vor allem für die Kleinlandwirtepartei eine unerwartete Wendung. Der Ministerpräsident betonte nicht mehr seinen Vereinigungswunsch mit der Kleinlandwirtepartei, und auch nach seinen, zu einem Kompromiss neigenden, konkreten Versprechungen forschen wir vergeblich in seinen Erklärungen. Er will sich mit ihr nicht vereinen, er hält sie auch nicht für jenen „Felsen“, auf dem allein seine Partei aufgebaut werden kann, doch hält er vor allem die Gewinnung ihres rechten Flügels für seine Einheitspartei nach wie vor für wichtig.

Früher spornten ihn das Vorhandensein der Nationalversammlung und hier die Stellungnahme der Parteien noch zur Mässigung und zu taktischen Schritten an. Die Hausauflösung schuf jedoch eine neue Situation. Nach Erlöschen des auch das internationale Interesse auslösenden Forums der Oppositionsparteien – der Nationalversammlung – verwarf er allsogleich, am 16. Februar 1922 sein bisher angewandtes taktisches Arsenal. Aufgrund neuer organisatorischer Grundsätze und eines eigenartigen inneren Mechanismus machte er sich an die Organisation der seinerseits vorgestellten, streng zentralisierten, keinen Widerspruch duldenden Partei. In der Konferenz der Christlichen Kleinlandwirte-, Landarbeiter- und Bürgerpartei vom 23. Februar 1922 erörterte er seine Konzeptionen bezüglich der einheitlichen Partei schon als eine vollendete Tatsache. „Ich stelle mir diese Partei – erklärte er – als einen Stamm der zukünftigen grossen Partei vor, der grossen Partei, die sich unbedingt auch mit den Männern ergänzen muss, die in der Vergangenheit eine Rolle gespielt haben.“⁴¹ Hierauf legte er mit Ausschluss einer Debatte und Abstimmung seinen Vorschlag in bezug auf den organisatorischen Aufbau der Einheitspartei und die Zusammensetzung deren leitender Organe vor. Demnach wurde István Nagyatádi Szabó Vorsitzender der neuen Partei. Das Amt des einen Mitvorsitzenden erhielt Gaszton Gaál, während das des anderen den „sich Anschliessenden“ vorbehalten blieb. Die Liste der zweiten Vorsitzenden lautete: István Sokorópátkai Szabó, Gyula Rubinek, Zoltán Meskó, Bálin Sziij und Gyula Fáy. Den Verwaltungsausschuss bildeten die Mitglieder des Präsidiums, die Minister und Staatssekretäre, aber noch weitere vier bis fünf Stellen blieben den sich der Partei An-

schliessenden vorbehalten. Die organisatorische Konstituierung der Einheitspartei war somit ganz eigenartig, fast einzig dastehend in der Geschichte der bürgerlichen Parteien. Nahmen doch in ihrem Verwaltungsausschuss auch jene Minister Platz, — Vass und Bernolák —, die der Form nach Mitglieder anderer Parteien waren und auch blieben.

Bethlen brachte also nach längen, erfolglosen Versuchen am 23. Februar 1922, zugleich mit der Liquidierung der Kleinlandwirtpartei, schliesslich seine Partei doch zustande. Der mit dem ehrenvollen Amt eines Vorsitzenden belohnte Nagyatádi Szabó begriff gar nicht die Tragweite der Ereignisse. Der zur Partie gelockte Kleinlandwirteführer vermochte sich weder in Konzeption, noch im taktischen Empfinden, noch auch im Gehaben mit Bethlen zu messen, der zur führenden Persönlichkeit der Konterrevolution emporwuchs. Seine Spielverluste machten seine Schwäche noch offensichtlicher. Er vergass auch sie „glorreichen oppositionellen“ Traditionen seiner Partei rasch, über die er ja so viel gepredigt hat. Von den zu erwartenden Ereignissen der Zukunft nahm er nichts wahr. Die Rolle eines Vorsitzenden der Partei der Regierung Bethlen stellte für ihn daher nicht einfach nur eine formelle Funktion, sondern auch ein lächerliches Beginnen dar. „Ich will nicht über Politik sprechen —“ sagte er in der Letzten Konferenz der Kleinlandwirtpartei am 23. Februar 1922 — ich möchte bloss bemerken: in der Politik der Zukunft wird die grösste Frage, die die Menschen voneinander trennt, jene sein, welche die sind, die mit einem Putsch, und welche die, die ohne Putsch einen König nach Ungarn bringen wollen.“⁴²

Der Ministerpräsident erreichte in der Periode nach Auflösung der Nationalversammlung mehr, als seine früheren Konzeptionen bezüglich der einheitlichen Partei umfassten. Allerdings konnte er vorerst mit einem Teil der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung nicht rechnen, doch fand er einen festen Hinterhalt im konservativen Flügel der Kleinlandwirtpartei, und durch die Gewinnung des Kleinlandwirteführers zerschmetterte er die grösste Partei der ersten Nationalversammlung. Die an der oppositionellen Vergangenheit der Partei festhaltenden, liberalen „Kleinlandwirte“ — Lajos Mohácsi, J. István Kovács usw. — blieben schon seit Beginn des Spieles Bethlen — Nagyatádi, seit Anfang Januar 1922 den Besprechungen im Klub fern. Wenn es auch bis zum 23. Februar 1922 zu keiner Spaltung der Partei kam, so konnte diese doch nicht lange auf sich warten lassen. In Beantwortung der oppositionellen Kritiken erklärte István Nagyatádi-Szabó: „Ich glaube, dass vor allem mich die Beschuldigung und der Angriff treffen werden, ich habe die alte, ursprüngliche Kleinlandwirtpartei verlassen, dass ich abtrünnig geworden sei und die Partei den Händen anderer Führern überlassen habe; mich wird die Beschuldigung und der Angriff treffen, ich habe die alte Kleinlandwirtpartei versinken lassen. Ich blicke den Anschuldigungen ruhigen Gewissens entgegen, weil ich die Kleinlandwirtpartei nicht deshalb organisiert habe, um — gleich einem Ausrufungszeichen — mit einer kleinen Klassenpartei in der Nationalversammlung zu stehen, und immer nur Klagen laut werden zu lassen. Ich habe diese Partei darum

organisiert, um ein Fundament zu finden, auf das gebaut werden kann, und dass wir zur Bauarbeit auch jene heranziehen die vielleicht nicht das Fundament, sondern den Bauplan anzufertigen verstehen.“⁴³

Die Organisation der einheitlichen Partei war am 23. Februar 1922, mit der Liquidierung der Kleinlandwirtepartei natürlich noch nicht abgeschlossen. Wenige Tage später, am 28. Februar 1922 erklärte Bethlen in dem zur einheitlichen Partei umgemodelten Kleinlandwirteklub, er habe Gömbös für das Amt eines geschäftsführenden Vizepräsidenten aufgefordert, das frei gebliebene Amt eines Mitvorsitzenden aber mit dem gewesenen Abgeordneten der Arbeitspartei Baron Zsigmond Perényi besetzt, neue Mitglieder des Verwaltungsausschusses hingegen wurden Baron Vilmos Lers, der früher der Verfassungspartei angehörte, ferner Graf Imre Károlyi und Graf László Almásy.⁴⁴ Inzwischen strömten auf den Ruf Bethlen's die Parteipolitiker der Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzer vor 1918 nicht nur in geschlossenen Reihen, sondern auch individuell in die einheitliche Partei.

Als erste meldete am 18. Februar 1922, also noch vorder Konferenz der Kleinlandwirtepartei, die Nationale Mittelpartei, die unter der Leitung von Baron Imre Ghillányi und Baron Zsigmond Perényi einen Teil der Anhänger der früheren Arbeitspartei in sich vereinigte, ihren Anschluss an die Regierungspartei an. Auch der andere, ehemals exponiertere Flügel der Arbeitspartei – László Lukács, Lipót Vadász, Ferenc Székely, Ferenc Heinrich – versicherte der Regierung seiner Unterstützung, doch behielt er, unter dem Vorwand der Tradition Tisza's zu pflegen, als Nationale Bürgerliche Partei seine Selbständigkeit.

Die 1920gegründete, hauptsächlich einstige Mitglieder der Verfassungspartei in sich vereinigende Ungarische Ordnungspartei rückte – geführt von Károly Grecsák, Sándor Gál und Vilmos Lers – am 24. Februar mit etwa 400 Mitgliedern in die einheitliche Partei ein.⁴⁵ Die konservativen Unabhängigen, die einstigen Anhänger Ferenc Kossuth's und Albert Apponyi's, bat Bethlen brieflich um ihre Unterstützung. Die schon früher aufgelöste Vereinigte Unabhängigkeits- und Achtundvierziger Partei riefen ihre einstigen Führer darum wieder ins Leben, um einheitlich dem Lager Bethlen's beitreten zu können.⁴⁶ Pál Hoitsy erklärte an der Spitze von etwa 40 einstigen konservativ-unabhängigen Politikern: „Wir kommen nicht wie Fremde zu einem Fremden, haben ja auch Euer Exzellenz in dieser Partei ihre politische Laufbahn begonnen, der wir angehören... Die Partei, der wir angehörten, die Achtundvierziger Unabhängigkeitspartei hatte sich einen grossen Grundsatz zum Ziel gesetzt: die Unabhängigkeit des Landes, worunter sie die Lostrennung von Österreich verstand. Dies ist bereits erfolgt. Heute ist es ein überholter Standpunkt, dass sich Parteien auf dieser Grundlage organisieren. Wir kommen daher auch jetzt nicht als Partei; doch hatten wir auch ein anderes Programm: das allgemeine Wahlrecht. Wir haben jedoch dessen Konsequenzen gezogen. Nach den Revolutionen und dem Bolschewismus wollen wir in dieser Hinsicht Schranken ziehen, und eben darum kamen wir erhobenen Hauptes hierher.“⁴⁷

Die sich auf die Neuwahlen vorbereitende, an dem Zustandebringen der einheitlichen Partei bemühende Regierungspolitik beeinflusste auch die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung. Vass und Bernolák nahmen einen Ministerposten in der Regierung an, und wurden dadurch – wie wir gesehen haben – automatisch Mitglieder des Verwaltungsausschusses der einheitlichen Partei. Der Zerfall der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung war jedoch damit noch nicht zu Ende. Die Legitimisten – István Haller, Andrásy, Beniczky, Rakovszky – blieben im Januar 1922 schon in Minorität, sodann vereinigten sie sich anfangs Februar 1922 mit der legitimistischen Friedrich-Partei.⁴⁸ Die vereinigte Partei nahm den Namen Christlich-Nationale Landarbeiter- und Bürgerliche Partei an. Die Mehrheit der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung aber – die von Károly Huszár und Ottokár Prohászka geführte Gruppe – änderte ihren Namen auf Christliche Landwirtpartei. Sie blieb wohl selbständig, doch wurde sie nach der Auflösung der Nationalversammlung zur loyalen Opposition der Regierung. Zur Zeit der Wahlen schlossen sie sogar einen Pakt in bezug auf die Aufteilung der Wahlkreise. Somit förderte also auch die Spaltung der Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung das Zustandekommen der einheitlichen Partei und deren Wahlsieg.

Die Gründung der Einheitspartei war demnach das Ergebnis einer langen, zielbewussten Politik. Ihre Leitungsgarnitur stellte unmittelbar die Regierung. Der Name Bethlen's erschien wohl nicht in der Liste der der Vorsitzenden und Vizepräsidenten, doch war die Einheitspartei eine der Regierung untergeordnete Partei. Der Regierungspräsident verfügte unmittelbar über sie. Der 23. Februar 1922 ist das Datum der Liquidierung der Kleinlandwirtpartei und der organisatorischen Fundierung der Einheitspartei. Mit diesem Tag kann der Zeitpunkt ihres Zustandekommens angenommen werden. Tatsache ist jedoch, dass gerade infolge des eigenartigen Verhältnisses zwischen Regierung und ihrer Partei der Prozess des Beitritts zur Regierung schon früher begann und sich auch später noch fortsetzte.

Die Regierung machte sich erst Zustandebringung der Einheitspartei an die unmittelbare Vorbereitung der Neuwahlen zur Nationalversammlung. Am 2. März 1922 erliess sie ihre Verordnung über das Wahlrecht, das auf dem Vermögens- und Bildungszensus, und in den Wahlbezirken der Provinz auf einer offenen Abstimmung beruhte.⁴⁹ Nachher begann der aufeinander abgestimmte Wahlfeldzug der Vollzugsgewalt, der Verwaltung und der bewaffneten Macht, der auf einen entscheidenden Sieg der Einheitspartei ausgerichtet war. Der Terror gegenüber der Opposition nahm Ausmasse und Formen an, wie nie zuvor. Er begleitete sämtliche Phasen der Wahlen: die Kandidatenaufstellung, die Zusammenstellung der Empfehlungsbögen, die Wahlversammlungen usw. Dieser Terror der Behörden erschwerte nicht allein das Erwerben von Mandaten der Sozialdemokratischen Partei, die jetzt zum ersten Mal zu den Parlamentswahlen kandidierte, sondern sie bezweckte auch ein Zurückdrängen der

liberalen, ja sogar der konservativ-legitimistischen Opposition. Unter solchen Umständen erzielte die Einheitspartei anlässlich der Nationalratswahlen Ende Mai und anfangs Juni 1922 eine entscheidende Mehrheit.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Andics, E.*: Ellenforradalom és bethleni konszolidáció (Konterrevolution und Bethlen'sche Konsolidation). Bp. 1948. S. 14. Vita Magyarország kapitalizmuskori fejlődéséről (Diskussion über die Entwicklung Ungarns zur Zeit des Kapitalismus). Bp. 1971. S. 65–69. Ferner: *Berend, T. I.*—*Ránki, Gy.*: A magyar társadalom a két világháború között (Die ungarische Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen). (I. Teil) Új Írás Jg. XIII, 1973/10. S. 97.
- ² *Ránki, Gy.*: Gondolatok az ellenforradalmi rendszer társadalmi bázisának kérdéséhez az 1920-as évek elején (Gedanken zur Frage der gesellschaftlichen Basis des konterrevolutionären Systems zu Beginn der 1920er Jahre). Történelmi Szemle 1962, Nr. 3–4, S. 357. *Juhász, Gy.*: Magyarország külpolitikája 1919–1945 (Ungarns Außenpolitik 1919–1945). Kossuth Kiadó. Bp. 1969. S. 67–69.
- ³ Pesti Hírlap (im weiteren: P.H.) 21. Oktober 1921.
- ⁴ Zur Zeit, als István Nagyatádi Szabó Landwirtschaftsminister war, wurde der freie Handelsverkehr mit gewissen Beschränkungen eingeführt. Im Sinne dessen wurden Gemüse und Wein frei exportierbare Waren. Für Mehl musste eine Exportgebühr entrichtet werden, doch konnte es ohne Genehmigung ins Ausland exportiert werden. Die Ausfuhr von Getreide und Vieh war nicht nur an eine Gebühr, sondern auch an eine Ausfuhrbewilligung gebunden.
Bodrogközy, Z.: A magyar agrármozgalmak története (Geschichte der ungarischen Agrarbewegungen). Bp. 1929. S. 305.
- ⁵ P.H. 15. September 1921.
- ⁶ P.H. 21. September 1921.
- ⁷ Bodrogközy: gen. Werk, S. 308.
- ⁸ P.H. 13. Oktober 1921.
- ⁹ Pesti Napló (im weiteren: P.N.) 13. Oktober 1922.
- ¹⁰ Vgl. Magyarország története (Geschichte Ungarns). Bd. II. Gondolat Könyvkiadó, Bp. 1964, S. 379.
- ¹¹ P.N. 22. Oktober 1922.
- ¹² P.H. 22. Oktober 1922.
- ¹³ a Bethlen benützte jedoch die Bezeichnung der Heuchelei mit Wendungen, die für einen geschickten Taktiker kennzeichnend sind, zur Festigung seiner eigenen Positionen. Während er nämlich der Kleinen Entente gegenüber sein energisches Auftreten gegen die Legitimisten hervorhob, betonte er vor den Parteien der Nationalversammlung die Gefahren einer bewaffneten Intervention seitens der benachbarten Länder. Bethlen István gróf beszédei és írásai (Reden und Schriften des Grafen István Bethlen). Bd. I. Bp. 1933. S. 208.
- ¹³ Bezüglich der aussenpolitischen Zusammenhänge des zweiten Königsputsches s. Juhász, Gy.: gen. Werk, ferner *G. Soós, K.*: A nyugat-magyarországi kérdés (Die westungarische Frage). Akadémiai Kiadó. Bp. 1962, sowie *Sz. Ormos, M.*: Magyarország belépése a Nemzetek Szövetségébe (Ungarns Beitritt zum Völkerbund). Századok, 1957, Nr. 1–4.
- ¹⁴ P.H. 27. November 1921.
- ¹⁵ A.a.O.
- ¹⁶ P.N. 30. November 1921.
- ¹⁷ P.H. 29. November 1921.
- ¹⁸ P.H. 30. November 1921.
- ¹⁹ Nagyatádi Szabó István (István Nagyatádi Szabó). Nagyatádi Szabó István Emlékbizottság. Bp. 1935. S. 110.
- ²⁰ P.H. 14. Dezember 1921.

- ²¹ Bethlen reagierte im Laufe der Indemnitätsdebatte nur ein einziges Mal, am 23. Januar 1922 umfassend auf die Angriffe der Opposition. Az 1920. évi február hó 16-án hirdetett Nemzetgyűlés Naplója (Journal der für den 16. Februar 1920 einberufenen Nationalversammlung). (Im weiteren: Napló) Bd. XV. Bp. 1922. S. 433–466.
- ²² L. Nagy, Zs.: A budapesti liberális ellenzék. 1919–1944 (Die Budapester liberale Opposition. 1919–1944). Bp. 1972. S. 30–32.
- ²³ P.N. 6. Januar 1922. Vgl. Bethlen István gróf beszédei és írásai (Reden und Schriften des Grafen István Bethlen). I. S. 221–223.
- ²⁴ In unserer Studie wollen wir den Pakt nicht eingehend analysieren. Wir verweisen bloss auf dessen Zusammenhänge mit unserem Thema, der Gründung der einheitlichen Partei.
- ²⁵ Napló. 7. Dezember 1921. Bd. XIII, S. 203.
- ²⁶ A.a.O. S. 205.
- ²⁷ P.H. 23. Dezember 1921.
- ²⁸ A.a.O.
- ²⁹ Die Parteiführung verständigte die verschiedenen Schattierungen der sozialdemokratischen Emigration nicht von den Paktverhandlungen. Trotzdem verschafften sie sich davon Kenntnis und verurteilten sie, allerdings in unterschiedlicher Weise, aber eindeutig. Serfőző, L.: A magyarországi Szociáldemokrata Párt bekerülése a parlamentbe (Das Hineingelangen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ins Parlament). Acta Historica. Tomus XIX. Szeged 1965. S. 55–59.
- ³⁰ Die umfassendste Analyse und die – meines Erachtens – dem Wesen nach richtigste Bewertung des Paktes der zweiten Regierung Bethlen und der Führer der Sozialdemokratischen Partei vom Dezember 1921 bietet: Fehér, A.: A magyarországi szociáldemokrata párt és az ellenforradalmi rendszer 1919. augusztus–1921. (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und das konterrevolutionäre System August 1919–1921). Bp. 1969.
- ³¹ Serfőző berichtet in seinem genannten Werk, im Gegensatz zu den früheren Auffassungen, schon über die geheim gehaltenen Teile des Paktes. Serfőző, J.: gen. Werk. S. 58. András Fehér aber zitiert an mehreren Stellen die Berichte der zeitgenössischen Blätter. Fehér, A.: gen. Werk. S. 204–206.
- ³² Die Geschichtsliteratur behauptet irrtümlich, dass der fertiggestellte Gesetzentwurf über das Wahlrecht schon am 27. Januar 1922 dem Plenum der Nationalversammlung vorgelegt wurde. Vgl. Serfőző: gen. Werk. S. 60.
- ³³ P.H. 7. Februar 1922.
- ³⁴ Napló, Bd. XVII. 13. Februar 1922. S. 105.
- ³⁵ P.H. 7. Februar 1922.
- ³⁶ P.H. 17. Februar 1922.
- ³⁷ A magyar országgyűlés története. 1867–1927 (Geschichte des ungarischen Parlaments. 1867–1927). Red. Balla, A. Bp. o.J. S. 464.
- ³⁸ P.H. 22. Februar und 28. Februar 1922.
- ³⁹ A.a.O.
- ⁴⁰ P.H. 17. Februar 1922.
- ⁴¹ Bethlen István gróf beszédei és írásai (Reden und Schriften des Grafen István Bethlen). I. S. 221. In dem 1933 herausgegebenen Sammelband der Reden Bethlens erschienen die einzelnen Reden beträchtlich verstümmelt und mit vielen Änderungen. Im Vergleich zu den Berichten der einzelnen Blätter. Wir halten daher die Mitteilungen der Presse für authentischer.
- ⁴² P.H. 24. Februar 1922.
- ⁴³ A.a.O.
- ⁴⁴ P.H. 1. März 1922.
- ⁴⁵ P.H. 25. Februar 1922.
- ⁴⁶ P.N. 5. März 1922.
- ⁴⁷ P.H. 5. März 1922.
- ⁴⁸ P.H. 4. Februar 1922.
- ⁴⁹ Magyarországi Rendeletek Tára (Ungarische Verordnungssammlung) Jg. VI. 1922. Zweite offizielle Auflage. Bp. 1939. S. 15–18.